

Kreistag Groß-Gerau beschließt umstrittene Umlageerhöhung



© Jochen Engel

Der Kreistag Groß-Gerau segnet mehrheitlich den Doppelhaushalt 2025/26 ab. Was die Fraktionen zu dem nicht ausgeglichenen Etat und dem Brandbrief der Bürgermeister sagen.

Kreis Groß-Gerau. Der [Kreistag Groß-Gerau](#) hat in seiner Sitzung am Montag der überarbeiteten Haushaltssatzung des Kreises für 2025 und 2026 mehrheitlich zugestimmt. Für den Doppelhaushalt votierten neben der Koalition aus SPD, Grünen und Linken auch die beiden Abgeordneten von „Die Partei“ sowie der FNK-Einzelkämpfer; die CDU, Freien Wähler, FDP/FWG und AfD lehnten die Vorlage ab. Damit ist auch [die von den Bürgermeistern der Kreiskommunen heftig kritisierte Erhöhung von Kreis- und Schulumlage](#) um insgesamt 7,49 Punkte in trockenen Tüchern.

Ein Antrag der CDU, mit dem sie die Aufstellung eines Doppelhaushalts verhindern wollte, weil ein solcher ihrer Ansicht nach „stabile und verlässliche Rahmenbedingungen voraussetzt, die momentan nicht gegeben sind“, wurde nur von den übrigen Oppositionsfraktionen unterstützt und fiel somit durch.

FDP moniert „Desaster und Trickereien“

Zu Beginn des gut zweistündigen verbalen Schlagabtauschs rund um den überarbeiteten Etat-Entwurf bezeichnete Peter Engemann selbigen als „Desaster“, und er sei nur deshalb „in der Nähe einer Genehmigungsfähigkeit, weil alle Beteiligten wo immer möglich tricksen“. So habe Landrat Thomas Will (SPD) die Zahlen gerade so passend gemacht, „dass ihm nicht alles bei der Erhöhung der Kreisumlage komplett um die Ohren fliegt“, urteilte der FDP-Fraktionsvorsitzende. Möglich sei dies, „weil die Landesregierung mal wieder die Hessenkasse stundet, eine pauschale Minderausgabe erlaubt und die Kommunalaufsicht wohl Genehmigungen auch bei defizitären Ergebnissen erteilt“.

Engemann warf der Kreiskoalition zudem „fehlenden Sparwillen“ vor, denn ihre Haushaltsanträge seien stets mit Mehrausgaben einhergegangen. Wer so agiere, zeige nach den Worten des FDP-Mannes, „dass man die Sorgen und Nöte der Kommunen bei der Erhöhung der Kreisumlage nicht wirklich ernst nimmt“. Zwar räumte er ein, dass weder „das Weglassen der Mehrausgaben-Wünsche der Koalition“ noch Sparanträge zu einem ausgeglichenen Etat führen würden. „Das Problem der Kommunalfinanzen kann nicht vor Ort gelöst werden, aber man muss seine Hausaufgaben machen und kann nicht über Jahre hinweg falsche Zeichen setzen“, lautete Engemanns Fazit.

Freien Wählern fehlen Sparansätze

Ähnlich äußerte sich Rolf Leinz. „Zu Kostenreduzierungen, Einsparpotenzialen oder gar Sparansätzen habe ich bei der Einbringung des Etat-Entwurfs nichts vom Landrat gehört“, monierte der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler. Aber auch „das kritische Hinterfragen von pflichtigen Leistungen fehlt“. Leinz kritisierte ferner, dass die überarbeitete Haushaltssatzung erst Mitte Februar („Mitten im Bundestagswahlkampf“) den Fraktionen zuzuging: „Die erforderliche Befassung mit den Anlagen und Unterlagen war unter diesen Bedingungen nur mehr schlecht als recht möglich.“ Dieser Haushalt sei daher „keine gute Planungsgrundlage“ und gewährleiste keine Planungssicherheit.

Die Haushaltssatzung 2025/26

Die vom Kreistag verabschiedete Haushaltssatzung **des Kreises Groß-Gerau für 2025** weist im **Ergebnishaushalt** Erträge von rund 602 Millionen und Ausgaben von 618 Millionen und somit ein **Minus von 16,65 Millionen Euro** auf. Für **2026** werden Einnahmen von 619 und Aufwendungen von 649 Millionen Euro erwartet; ein **Defizit von 30,57 Millionen Euro**.

Im **Finanzhaushalt** geht man für 2025 von einem Fehlbetrag von rund 28,57 Millionen und für 2026 von 42,82 Millionen Euro aus. Die **Kreisumlage** wird gegenüber dem ursprünglichen Etat-Entwurf um drei Punkte erhöht und in beiden Jahren somit bei 41,42 Punkten liegen (für Rüsselsheim bei 46,19), die **Schulumlage** von zuletzt 20,92 auf 25,41 Punkte in diesem und auf 25,46 Punkte im nächsten Jahr angehoben.

Kritisch ging Leinz überdies mit der „massiven Erhöhung der Schul- und Kreisumlage, die eine Grenze überschreitet und unsere Kommunen nachhaltig einschränkt“, ins Gericht: „Damit lösen wir keine Probleme, sondern verlagern sie nur eine Ebene tiefer.“ Deshalb sähen sich die Freien Wähler im Team „Es reicht“ der Bürgermeister aus dem Kreis – und lehnten die Haushaltssatzung ab.

CDU sieht „politisches Armutszeugnis“

Das galt auch für die CDU, deren Fraktionsvorsitzender Marcus Kretschmann den Etat-Entwurf als „eine finanzielle Zumutung für die Kommunen, ein politisches Armutszeugnis und einen rechtswidrigen Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung“ bezeichnete. Es sei „völlig inakzeptabel“, dass dieser Haushalt den Kommunen noch mehr Mittel entziehe, während der Kreis wie bisher weitermache. „Statt den Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit vorzuleben, werden die Budgets drastisch erhöht“, wetterte Kretschmann.

Millionen-Defizite im Etat-Entwurf des Kreises Groß-Gerau

Kommunen im Kreis Groß-Gerau wehren sich gegen neue Aufgaben

So seien die Aufwände in den Bereichen Innere Verwaltung, Service und Gesundheit der Kreisverwaltung im aktuellen Etat gegenüber 2023 um fast 19 Millionen Euro gestiegen, rechnete der CDU-Mann vor. Der dadurch deutlich werdende „mangelnde Sparwille“ von Landrat und Koalition sei eine „finanzpolitische Bankrotterklärung“, die in eine „finanzielle Katastrophe“ münden könne, warnte Kretschmann. Der Kreis Groß-Gerau stehe bei der Höhe der Kreis- und Schulumlage an der Spitze Hessens und degradiere die Kommunen zu „reinen Zahlstellen“.

SPD warnt vor „Verantwortungslosigkeit“

Ganz anders argumentierte Kerstin Geis. Zwar konnte die SPD-Fraktionsvorsitzende die Verärgerung der protestierenden Bürgermeister nachvollziehen. Allerdings wäre die von diesen geforderte Ablehnung des Haushalts ihrer Ansicht nach „verantwortungslos und ein Schritt in die falsche Richtung, denn damit würde nur die Arbeit der Verwaltung lahmgelegt“. Das Dilemma der Landkreise beschrieb Geis folgendermaßen: „Ein wesentlicher Teil des Defizits entsteht durch Aufgaben, die Bund und Land ihnen übertragen, ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sicherzustellen.“ Hinzu kämen die stark gestiegenen Ausgaben für Sozial- und Transferleistungen – im Kreis Groß-Gerau seien sie zuletzt „um etwa 18 Millionen Euro jährlich“ geklettert, stellte Geis klar.

Es müsse sich grundlegend etwas ändern, um den sozialen Frieden dauerhaft zu sichern. „Ohne einen genehmigten Haushalt setzen wir aber genau diesen sozialen Frieden im Kreis Groß-Gerau aufs Spiel. Das können und wollen wir nicht verantworten“, begründete die SPD-Frontfrau die Zustimmung ihrer Fraktion.

Grüne und Linke für Reichen-Steuer

Wie Geis kritisierte auch Franz-Rudolf Urhahn die Schuldenbremse („Es ist makro-ökonomisch nötig, Schulden zu machen“) und verwies auf die Verantwortung von Bund und Land für die Finanzmisere der Kreise und Kommunen. Die vorhandenen Gelder

würden „falsch verteilt und die Reichen nicht ausreichend besteuert“, erklärte der Grüne. Im Übrigen verwende die Kreisverwaltung ihre aus den Umlagen stammenden Einnahmen „nicht für dummes Zeug, sondern investiert sie in Schulbauten, Sozialleistungen und andere wichtige Dinge, die den Bürgern der Kommunen zugutekommen“. Urhahn weiter: „Wir sind abhängig von Entscheidungen an ganz anderen Stellen, und bis die gefällt werden, müssen wir uns weiter durchwurschteln.“

So seien die Aufwände in den Bereichen Innere Verwaltung, Service und Gesundheit der Kreisverwaltung im aktuellen Etat gegenüber 2023 um fast 19 Millionen Euro gestiegen, rechnete der CDU-Mann vor. Der dadurch deutlich werdende „mangelnde Sparwille“ von Landrat und Koalition sei eine „finanzpolitische Bankrotterklärung“, die in eine „finanzielle Katastrophe“ münden könne, warnte Kretschmann. Der Kreis Groß-Gerau stehe bei der Höhe der Kreis- und Schulumlage an der Spitze Hessens und degradiere die Kommunen zu „reinen Zahlstellen“.

SPD warnt vor „Verantwortungslosigkeit“

Ganz anders argumentierte Kerstin Geis. Zwar konnte die SPD-Fraktionsvorsitzende die Verärgerung der protestierenden Bürgermeister nachvollziehen. Allerdings wäre die von diesen geforderte Ablehnung des Haushalts ihrer Ansicht nach „verantwortungslos und ein Schritt in die falsche Richtung, denn damit würde nur die Arbeit der Verwaltung lahmgelegt“. Das Dilemma der Landkreise beschrieb Geis folgendermaßen: „Ein wesentlicher Teil des Defizits entsteht durch Aufgaben, die Bund und Land ihnen übertragen, ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sicherzustellen.“ Hinzu kämen die stark gestiegenen Ausgaben für Sozial- und Transferleistungen – im Kreis Groß-Gerau seien sie zuletzt „um etwa 18 Millionen Euro jährlich“ geklettert, stellte Geis klar.

Es müsse sich grundlegend etwas ändern, um den sozialen Frieden dauerhaft zu sichern. „Ohne einen genehmigten Haushalt setzen wir aber genau diesen sozialen Frieden im Kreis Groß-Gerau aufs Spiel. Das können und wollen wir nicht verantworten“, begründete die SPD-Frontfrau die Zustimmung ihrer Fraktion.

Grüne und Linke für Reichen-Steuer

Wie Geis kritisierte auch Franz-Rudolf Urhahn die Schuldenbremse („Es ist makro-ökonomisch nötig, Schulden zu machen“) und verwies auf die Verantwortung von Bund und Land für die Finanzmisere der Kreise und Kommunen. Die vorhandenen Gelder würden „falsch verteilt und die Reichen nicht ausreichend besteuert“, erklärte der Grüne. Im Übrigen verwende die Kreisverwaltung ihre aus den Umlagen stammenden Einnahmen „nicht für dummes Zeug, sondern investiert sie in Schulbauten, Sozialleistungen und andere wichtige Dinge, die den Bürgern der Kommunen zugutekommen“. Urhahn weiter: „Wir sind abhängig von Entscheidungen an ganz anderen Stellen, und bis die gefällt werden, müssen wir uns weiter durchwurschteln.“

Christiane Böhm machte gleichfalls Berlin und Wiesbaden dafür verantwortlich, „dass die Kommunalfinanzen vollkommen an die Wand gefahren wurden und damit die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr gegeben ist“. Um dies wieder zu ändern, müsste laut der

Fraktionsvorsitzenden der Linken eine „moderate Vermögenssteuer“ ebenso her wie eine stärkere Besteuerung derjenigen, „die wie Rheinmetall exorbitante Gewinne einfahren“. Und die eingenommenen Steuern müssten gerechter verteilt werden, sprich: Kreise und Kommunen deutlich mehr davon erhalten.

Miguel Meyer (AfD) schließlich begrüßte zwar den Protest der Bürgermeister, fragte sich aber, wie es nun weitergehen solle: „Damit der soziale Frieden nicht in Mitleidenschaft gezogen wird, müssen die Bürger abgeholt werden. Dafür könnten in allen Kommunen bei Info-Abenden die Hintergründe der Finanz-Problematik erläutert werden.“